

3. November 1918	Vor 105 Jahren Aufstand der Kieler Matrosen.
7. November 1918	Vor 105 Jahren proklamierte Kurt Eisner den Freistaat Bayern.
25. November 1983	Vor 40 Jahren trafen die ersten Teile der Pershing-2-Raketen in der BRD ein und wurden im US-Depot Mutlangen eingelagert.
28. November 1993	Vor 30 Jahren trat die CDU/FDP-Regierung Sachsen-Anhalts nach Vorwürfen zurück, ihre aus den alten Bundesländern stammenden Minister hätten sich überhöhte Amtsbezüge erschlichen.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

10. Ausgabe / 33. Jahrgang

Für Halle (Saale)

01.11.2023

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, für die Menschen in Halle etwas zum Besseren zu bewegen.

Liebe Genoss*innen,
am Montag hat sich eine kleine Gruppe von der LINKEN abgespalten, darunter auch zehn Bundestagsabgeordnete.

Sie wollen mit Sahra Wagenknecht ein eigenes „Bündnis“ gründen, welches in Konkurrenz zur LINKEN antreten soll.

Das machen sie mit den Mandaten, die sie über unsere Partei errungen haben. Sie haben spätestens in den letzten Monaten auf diesen Bruch hingearbeitet - zuletzt immer wieder mit den Mitteln von Partei und Fraktion.

Das ist natürlich eine schwierige Zeit für unsere Partei. Aber es ist auch eine wichtige Zeit, die umso mehr Chancen für eine starke, weltoffene, ökologische, solidarische und sozialistische Linke bietet. Denn mit dieser Abspaltung der künftigen Personenkult-Partei um die einmal mehr enorm egozentrisch agierende Sahra Wagenknecht gibt es die notwendige Klarheit: DIE LINKE wird als einzige Partei dem Rechtsruck weiterhin entgegentreten, sie wird nicht Diskriminierte und Marginalisierte gegeneinander ausspielen und sie wird weiterhin auch eine grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System äußern.

Sie wird Menschenrechte, soziale Gleichheit und ökologischen Fortschritt zusammendenken.

Es ist aus unserer Perspektive verantwortungslos, diese Möglichkeit einer linken Partei auf Bundesebene durch den Austritt mitten in der Wahlperiode und damit den Fraktionsstatus im Bundestag zu gefährden. Aber das müssen Sahra Wagenknecht und ihre Mitstreiter*innen jetzt mit sich selbst ausmachen.

Wir schließen uns Gesine Lötzsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann an, ohne deren Direktmandate keine*r der LINKEN im Bundestag vertreten wäre, die eindringlich die Rückgabe der Mandate an die Partei gefordert haben.

Nun gilt es nach vorne zu schauen: DIE LINKE existiert trotz aller Probleme noch aufgrund ihres Widerstands gegen Neoliberalismus und Rechtsruck, denn dieser wird gebraucht.

Wir wollen gemeinsam für diese Partei und ihre historische Aufgabe einstehen.

Da wir eben keine Ego-Partei sind, braucht es dafür uns alle, die Mitglieder. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, für die Menschen in Halle etwas zum Besseren zu bewegen.

Ein Beispiel dafür ist unsere Mietkampagne.

Packen wir es an!

Solidarische Grüße,
der Stadtvorstand DIE LINKE. Halle (Saale)

Die aktuellen Zeiten erfordern mehr denn je eine demokratisch-sozialistische Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, die verschiedenen gesellschaftlichen und globalen Krisen spitzen sich zu. Genau jetzt kommt es auf eine starke linke Partei an, die sich für Frieden, für Klimaschutz, für soziale Alternativen zum Rechtsruck und gegen die verheerende Politik der Ampel-Regierung stark macht. Linke Politik kann die nötige Veränderung schaffen und Frieden und Freiheit, Klimagerechtigkeit und Beschäftigung, soziale Sicherheit und Demokratie sichern.

In dieser kritischen Situation haben gestern mehrere Bundestagsabgeordnete um Sahra Wagenknecht ihren Austritt aus der LINKEN erklärt und die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Leider müssen wir feststellen: Statt in Gremien und auf Parteitagungen um Mehrheiten zu ringen, setzen sie auf Abspaltung. Viele von euch sind angesichts dieser Situation enttäuscht. Auch wir haben uns eine andere Lösung des Konfliktes gewünscht und lange versucht, Brücken zu bauen. Das ist gescheitert.

Zugleich möchten wir euch sagen, dass mit diesem Tag auch eine Chance für DIE LINKE entsteht. Denn anstatt uns weiter mit Selbstbeschäftigung aufzuhalten und zu lähmen, können wir endlich wieder öffentlich geschlossen und entsprechend unserer demokratisch

beschlossenen Programmatik auftreten. Unsere Partei ist schon oft totgesagt worden, aber immer wieder hat sie ihre Krisen überwunden. Unsere Vielfalt ist manchmal anstrengend, aber sie ist immer auch unsere Stärke. Wir sind uns sicher: Wir können die linke Partei sein, die jetzt gebraucht wird.

Selbstverständlich werden wir in den Kommunen, Landtagen und außerhalb der Parlamente im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler solide weiterarbeiten. In Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen bleiben die Landesregierungen mit Beteiligung der LINKEN stabil und setzen ihre erfolgreiche Arbeit fort. Kein Bundestagsmitglied der LINKEN in Ostdeutschland, kein Europaabgeordneter, kein Landrat, kein Oberbürgermeister und kein hauptamtlicher Bürgermeister wird zum Wagenknecht-Projekt wechseln. Wir wollen wieder auf die Erfolgsspur kommen. Wir haben eine starke Basis. Darauf wollen wir jetzt aufbauen. Das sind wir den vielen Menschen ohne mächtige Lobby schuldig.

Denn wir haben als LINKE eine große Verantwortung. Die aktuellen Zeiten erfordern mehr denn je eine demokratisch-sozialistische Partei. Wir sind die einzige Partei, die dafür eintritt, den Reichtum gerecht zu verteilen und für Zukunftsinvestitionen zu sorgen. Wir



Unsere Zukunft beginnt jetzt:

Die LINKE als Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz stärken!

DIE LINKE.

sind die, die den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellt und die Klimaschutz mit Sozialem verbindet. Wir bleiben die einzige Partei, die keine Spenden von Lobbyisten und Konzernen annimmt. Wir sind die, die die Eigentumsfrage stellt und die sich mit Reichen und Konzernen anlegt, statt mit ihnen zu paktieren. Wir sind die Friedenspartei, die zivile Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung stark macht. Wir sind die Partei, die klar sagt: Solidarität statt Rechtsruck! Menschenrechte sind unteilbar.

Als einzige Oppositionspartei kritisieren wir die Regierung von links und vertreten die Interessen der Menschen, die keine Lobby haben. Wir laden alle, die eine linke Partei in diesem Land wollen, ein, nun die LINKE zu stärken. Wir laden Dich ein, dich weiter einzubringen und mitzumachen.

Unsere Zukunft beginnt jetzt. Mit unserer programmatischen Aufstellung für die Europa- und Landtagswahlen legen wir den Grundstein für einen erfolgreichen Antritt der LINKEN bei der Bundestagswahl 2025.

Für den Bundesparteitag im November entwickeln wir bereits jetzt unsere europapolitischen Positionen

weiter und bereiten einen erfolgreichen Europawahlkampf vor.

Wir haben als Partei jetzt die Pflicht, uns nun ohne ein permanentes Infragestellen aus den eigenen Reihen, wieder um Politik zu kümmern. Denn kosmetische Korrekturen reichen nicht mehr. Unsere Gesellschaft braucht einen sozialen Politikwechsel und eine gesellschaftliche Alternative.

Gestern Abend hat der Parteivorstand, unterstützt vom Präsidium des Bundesausschusses und von allen Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, den Beschluss gefasst: „Unsere Zukunft beginnt jetzt: Die LINKE als Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz stärken!“. Wir sind stolz auf dieses Signal der Einigkeit.

Das ist die Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft, die verbindet, statt spaltet. Dafür wollen wir uns mit euch gemeinsam engagieren.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen,

Janine Wissler, Parteivorsitzende

Martin Schirdewan, Parteivorsitzender

Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer

Harald Wolf, Bundesschatzmeister

Pressemitteilung von Gregor Gysi, Gesine Lötzsch und Sören Pellmann

Aufforderung zur Mandatsniederlegung

Die direkt in den Bundestag gewählten Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Gesine Lötzsch, Sören Pellmann und Gregor Gysi erklären:

„Wir direkt in den Bundestag gewählten Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE fordern jene zehn Mitglieder der Fraktion, die die Partei DIE LINKE verlassen haben, um eine Konkurrenzpartei aufzubauen, auf, ihre Mandate niederzulegen. Sie sind nur durch uns drei und durch die Partei DIE LINKE in den Bundestag eingezogen. Sie sind für die von ihnen kritisierte LINKE gewählt worden. Behielten sie ihre Mandate, dann beginnen sie ihre Neugründung mit einem höchst unmoralischen ‚Diebstahl‘. Wir vertreten im Übrigen die Auffassung, dass man für eine Veränderung der Politik unserer Partei auch in ihr streiten, kämpfen und ringen kann, nicht aber mit einem Austritt.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
26.10.2023
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 23.11.2023

DIE LINKE ist ein Glücksfall!

Zu den Meldungen zum neuen Wagenknecht-Projekt erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt:

Janina Böttger fordert den Mandatsverzicht der heute aus der LINKEN ausgetretenen Bundestagsabgeordneten:

„DIE LINKE ist ein historischer Glücksfall in der Parteienlandschaft, getragen durch unsere Arbeit und unsere Kritik am neoliberalen Regierungskurs. Wir stehen ein für diese LINKE, wir arbeiten weiter für eine Stärkung und Neubelebung zusammen mit den Mitgliedern und Unterstützerinnen, unseren Funktions- und Mandatsträgern.

DIE LINKE ist und bleibt Teil des Deutschen Bundestages.

Unsere Abgeordneten und ihre Büros arbeiten weiter im Bundestag. Um was es jetzt geht, ist die Überleitung der Fraktion in den Gruppenstatus. Denn Sahra Wagenknecht und andere Bundestagsabgeordnete haben die Partei DIE LINKE verlassen.

Unsere Mandate sind Mandate für DIE LINKE. Deshalb fordern wir sie auf, die für unsere Partei

errungenen Mandate zurückzugeben. Würden andere Genossinnen und Genossen nachrücken, würde die Fraktion weiterarbeiten können wie zuvor. Das wäre ein Gebot der Fairness und des politischen Anstandes.“

Hendrik Lange erklärt zum heutigen Presseaufttritt von Sahra Wagenknecht:

„Wenig überraschend: Für Sahra Wagenknecht geht es immer zuerst um Sahra Wagenknecht. An unseren Aufgaben ändert auch ihr neues Projekt nichts. Für uns als LINKE heißt es, volle Konzentration auf das eigene Programm statt Konzentration auf die immer gleiche Person. DIE LINKE stellt sich neu auf. Wir stellen als einzige Partei das Soziale an den Anfang unserer Politik, wir stellen die sozial gerechte Gesellschaft ganz nach vorne. In einer Welt voller Unsicherheit ist das nötig wie lange nicht.“

Für Frieden und Freiheit - Gewalt und Aggression stoppen!

Am 14. Oktober hat unser Stadtparteitag die Resolution „Für Frieden und Freiheit - Gewalt und Aggression stoppen“ mit großer Mehrheit beschlossen. Diese solidarisiert sich mit den Menschen in Israel, Rojava, Bergkarabach und der Ukraine. Im Folgenden könnt ihr die Resolution noch einmal nachlesen:

Für Frieden und Freiheit - Gewalt und Aggression stoppen!

Als Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN in Halle (Saale) solidarisieren wir uns mit den Menschen in Israel, die vom antisemitischen Terror der djihadistisch-nationalistischen Hamas und des „Islamischen Jihad in Palästina“ (PIJ) getroffen wurden und immer noch werden. Dieser Terror nimmt bewusst israelische Zivilist*innen ins Visier und nutzt u.a. die Menschen im Gazastreifen als menschliche „Schutzschilde“. Die ideologischen Grundlagen dafür finden sich zum Beispiel im Programm der Hamas, welches Vernichtungswünsche gegen Jüdinnen und Juden enthält. Diese beiden genannten Gruppen stehen nicht für Befreiung, sondern für Hass. Sie verüben menschenverachtende und brutale Verbrechen, die unbedingt

verurteilt werden müssen.

Wir wollen eine friedliche, gerechte und demokratische Zukunft für die Menschen in Israel und Palästina und in der gesamten Region. Wir erwarten von der deutschen Politik, dass sie Solidarität mit den Menschen ausdrückt, Antisemitismus konsequent bekämpft und auf humanitäre Hilfe und Unterstützung setzt. Zivilist*innen auf allen Seiten müssen unbedingt geschützt werden.

Letzteres fordern wir auch mit Blick auf die anderen Krisen, die derzeit die Welt erschüttern: So drücken wir ebenso unsere Solidarität mit den Menschen in Rojava aus, die derzeit vom türkischen Regime bombardiert werden - hier werden ganz bewusst und zielgerichtet zivile Einrichtungen und Infrastrukturen getroffen. Wir erwarten von der Bundesregierung,

dass sofort alle militärischen Kontakte zum AKP-Regime abgebrochen werden und es endlich ausreichende humanitäre Hilfe für die Menschen vor Ort gibt. Abschiebungen in die Türkei müssen dazu sofort gestoppt werden, das schon viel zu lange währende PKK-Verbot ist aufzuheben.

Ähnliches gilt für die Menschen aus der Region Bergkarabach, die vom Angriff des aserbaidjanischen Regimes vertrieben wurden. Hier droht eine weitere Eskalation, dazu ist die massenhafte Vertreibung von über 100.000 armenischsprachigen Menschen bereits ein Verbrechen, welches zu Konsequenzen führen muss. Diese können nur darin bestehen, die Deals mit der Alijew-Diktatur auszusetzen und jede Form zukünftiger Zusammenarbeit an die Rücknahme dieser Vertreibung zu koppeln.

Währenddessen wollen und dürfen wir nicht vergessen, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine weiterhin tobt. Wir bekräftigen unsere Position gegen diesen Krieg und für den Frieden und fordern

**Für Frieden und
Freiheit.
Solidarität mit
den Menschen
in Israel!**

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

den Rückzug der russischen Truppen sowie ein sofortiges Ende der Kämpfe. Deutschland muss Geflüchtete aus allen betroffenen Ländern aufnehmen. Ein besonderer Skandal ist es, dass Deserteur*innen aus Russland und Belarus nicht per se aufgenommen werden - das muss sich ändern! Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, egal aus welchem Land die Betroffenen kommen.

4. Jahrestag des Anschlages vom 9. Oktober

Am 9. Oktober vor 4 Jahren griff ein Rechtsterrorist die Synagoge und den Kiezdöner in Halle an, wollte die an Yom Kippur in der Synagoge betenden Jüdinnen und Juden töten, ermordete Jana Lange und Kevin Schwarze und verletzte weitere Menschen in Halle und Wiedersdorf. Wir gedenken Jana und Kevin, wir stehen solidarisch an der Seite ihrer Angehörigen und aller Überlebenden des Anschlages vom 9. Oktober.

Der rechtsterroristische Anschlag von 2019 markiert eine Zäsur in der Geschichte unserer Stadt. Der Angriff auf die Synagoge und den Döner-Imbiss, die Ermordung von zwei Menschen, das Verletzen und Bedrohen zahlreicher weiterer Personen zeigt, wie gefährlich und präsent Antisemitismus und Rassismus sind.

Deshalb ist es wichtig, nicht bei der Erinnerung stehen zu bleiben. Auch heute ist jüdisches Leben bedroht und fehlen Widerspruch und Solidarität gegen Antisemitismus im Alltag. Gedenken und Erinnern muss zu aktivem Handeln führen: Antisemitismus, Rassismus und jede andere Form gruppenbezogener Menschen-

feindlichkeit müssen entschlossener und konsequenter als bisher bekämpft werden.

Wir danken allen Initiativen, die auch in diesem Jahr zahlreiche Gedenk- und Bildungsveranstaltungen in Halle initiiert haben und rufen dazu auf, diese zu besuchen.

**Vierter Jahrestag des
Anschlages vom 9. Oktober**

**Wir gedenken Jana
Lange und Kevin
Schwarze und
solidarisieren uns mit
allen Betroffenen.**





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat November Geburtstag haben.



Mietenkampagne

Unsere Genoss*innen sind weiterhin fleißig dabei, Unterschriften für unsere Kampagne zur Begrenzung der Mieten zu sammeln. Wir wollen, dass HWG und GWG keine 20-prozentigen Mieterhöhungen mehr fordern können und ihren sozialen Auftrag erfüllen. Das hat auch positive Wirkungen auf den Mietspiegel und damit auf alle Mieter*innen Halles.

Darüber wollen wir mit den Hallenser*innen ins Gespräch kommen. Also: Besucht uns gerne an unseren Ständen - wir freuen uns und stehen für alle Fragen und Anregungen zur Verfügung!

Schon überzeugt oder mehr Interesse? Dann könnt ihr hier noch mehr lesen und direkt unterschreiben:
dielinke-halle.de/hwggwg



Pressemitteilung zu den Mieterhöhungen im Südpark

Nach einer jahrelangen Hängepartie rund um den unseriösen Immobilienkonzern „Belvona“ stehen die Mieter*innen des Südparks erneut vor Problemen, denn die neue Hausverwaltung „Optima GmbH“ verlangt nun Mieterhöhungen von 20 Prozent. DIE LINKE kritisiert das und sieht darin eine Fortsetzung der Bereicherung an den Menschen im Südpark.

Halle (Saale), 18.10.2023. Nachdem der frühere Vermieter Belvona jahrelang Nebenkosten einbehalten hat, die Abschaltung von Strom und Wasser mehrfach drohte und enorme Schäden durch mangelnde Wartung entstanden sind, will der neue Vermieter, die Optima GmbH, nun massive Mieterhöhungen durchsetzen. Damit stellt sich die Optima GmbH in die verhängnisvolle Tradition ihres Vorgängers.

„Erst Belvona, jetzt Optima. Die Gesellschaft hat nicht nur in Halle, sondern in der ganzen Republik Wohnungen des quasi über Nacht verschwundenen Belvona-Konzerns übernommen. Mieter*innen berichten allerdings bundesweit davon, dass viele der Probleme weiterbestehen. So gibt es Berichte aus NRW, wo sich die bereits bekannten Probleme mit Heizung und Warmwasser wieder zeigen, mangelnde Erreichbarkeit wird bundesweit kritisiert und auch in Halle sind notwendige Maßnahmen laut Medienberichten nicht in Gänze ergriffen worden. Wer auf dieser Basis maximale Mieterhöhungen verlangen will, kann nicht auf der Seite der Mieter*innen stehen. Es ist eine Schande, dass die Mieter*innen Konzernen ausgeliefert werden, die ganz offensichtlich ihren Pflichten nicht nachkommen und trotzdem weiter abkassieren.

Hier müssen Politik und Verbraucherschutz endlich handeln. Insgesamt zeigt sich, wie verhängnisvoll Privatisierungen sind, denn auch die Optima GmbH war mal städtisch - wurde allerdings im Jahr 2001 veräußert“, erklärt dazu Lukas Wanke, Mitglied im Stadtvorstand der LINKEN.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie wichtig kommunaler, sozialer und günstiger Wohnraum für die Menschen in Halle ist.

Deshalb hat DIE LINKE ihre Kampagne zur zukünftigen Entlastung von HWG- und GWG-Mieter*innen bei Mietsteigerungen gestartet. „Mietsteigerungen um 20 Prozent sind nicht hinnehmbar und deshalb sind alle, die sich für bezahlbaren Wohnraum stark machen möchten, herzlich dazu eingeladen, unsere Kampagne zur Entlastung der Mieter*innen von HWG und GWG zu unterstützen und online zu unterschreiben unter www.dielinke-halle.de/hwggwg“, erklärt dazu Dirk Gernhardt, ebenfalls Mitglied im Stadtvorstand.



**Bereicherung an
den Mieter*innen
im Südpark**

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Zwei Inseln – ein Vergleich

Südlich der Ukraine liegt die Halbinsel Krim – seit 2014 von Russland besetzt.

Im Atlantik liegt die kubanische Insel Guantanamo – von den USA als „rechtsfreies Gebiet“ zur Vollstreckung von Strafen an Gefangenen besetzt.

Über die Krim hat Landolf Scherzer von zwei Reisen im Land berichtet.

Das war noch zu Zeiten, als die Insel Erwachsenen und Kindern als Ferienaufenthalt diente. Sein Gespräch mit einem deutschen Feriengast zeigte, dass mit etwas Wohlstand Erholung möglich war. Guantanamo wurde durch grausame Folterungen bekannt, was zur Folge hatte, dass selbst die USA nicht die Lage verschweigen konnten und ein Feigenblatt fanden, das nun die weiteren Qualen der Gefangenen verdecken soll.

Nun befasste sich die UNO mit den Zuständen. Heinz Löffler zitierte in der MZ vom 1./2. 7. 23 (S.8) UN-Menschenrechtsexperten über die Behandlung der letzten 30 Gefangenen „grausam, unmenschlich und erniedrigend“. Nichts rechtfertigt den „rechtsfreien Raum“, den sich auf der fremden Insel die USA leisten. Voll und ganz stimme ich dem Protest von Heinz Löffler zu, muss aber feststellen, dass die deutsche

Regierung über dieses Thema bisher schwieg und weiterschweigt.

Täglich erfahren wir – und ich halte das für richtig – wie sich die Ukraine gegen die russische Invasion wehrt. Aber welche Perspektive hat das Wehren?

Vor Jahren waren das – im Vergleich zur Wirkung – Nadelstiche. Heute ist es ein Kampfgebiet, in dem die NATO die Aktionen unterstützt und lenkt. Aber Russland wird noch nicht zur Aufgabe seiner Aggression gezwungen.

Und nun denken wir zurück an den Tag, als auf dem UNO-Gelände ein aus Russland gespendetes Denkmal „Schwerter zu Pflugscharen“ aufgestellt wurde. Wie stark war einst die politische Reaktion? Und jetzt – scheint es – sind wir hilflos.

Militärexperten vermuten, dass der Krieg ein ähnliches Ergebnis haben könnte, wie der Korea-Krieg: Eine Grenze auf Jahrzehnte – immer mit der Glut für den weiteren Krieg. Guantanamo sollte endlich an Kuba zurückgegeben werden.

Als einen Frieden kann man die Perspektiven nicht ansehen.

Ernst Luther

Bürger*innenforum „Sorgende Kommune“

Initiiert durch das Kommunalpolitische Forum fand am 23. September 2023 in der Neustädter Passage 13 eine erste Veranstaltung in Halle zu dieser Thematik statt.

Eine sorgende Stadt/Kommune ist eine Vision von einem Ort, der das Wohlbefinden, das Leben und die Bedürfnisse aller Bürger*innen in den Fokus legt. Ein solcher Ort zeichnet sich dadurch aus, dass er eine gemeinwohlorientierte kommunale Sorgeinfrastruktur zur Verfügung stellt. Auf diese können sich alle Bürger*innen verlassen und haben den gleichen Zugriff - unabhängig von individuellen Ressourcen, Biografien und Verhältnissen. Zudem haben in einer sorgenden Kommune alle einen unkomplizierten Zugang zu sozialen Angeboten. Erfahrungen zur Umsetzung dieses Konzepts gibt es bereits in Neapel, Saragossa, Barcelona und Bremen (Weitere Informatio-

nen: <https://sorgende-staedte.org/>). Sorgearbeit wird dabei als Hebel für gesellschaftliche Veränderungen betrachtet und als Teil von Wirtschaftspolitik. Dabei geht es z.B. um die Möglichkeit der unentgeltlichen Kinderbetreuung unabhängig von der Erwerbstätigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Rekommunalisierung von Krankenhäusern und Projekten gegen die unfreiwillige Vereinsamung („sorgende Nachbarschaft“). Hier gab es Ansätze in der Corona-Zeit, die momentan leider vielerorts nicht weiter gepflegt wurden. Interessant war auch die Vorstellung des in Berlin derzeit laufenden Projektes „Shopping malls zu Sorgezentren“.

Nach der Vorstellung dieses theoretischen Ansatzes und bereits vorhandener Ergebnisse durch Vertreterinnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (die zur Zeit die Aktivitäten in Deutschland bündelt und auf der o.g. homepage vorstellt) berichtete Stadträtin Ute Haupt

über schon vorhandene Ansätze und Aktivitäten in Halle - so den Seniorenrat, die Wärmestube, die Freiwilligenagentur (insbesondere den Seniorenbesuchsdienst „Klingelzeichen“), das Bürgerhaus des Humanistischen Verbandes, den Bürgerladen, das „Sch(l)austübchen“, die „Pustebume“, die „Schöpfkelle“, Angebote der Kirchen und der Selbsthilfekontaktstelle. Wie der darauf folgende Workshop zum Thema „Bildung, Teilhabe und Ehrenamt bis ins hohe Alter“ zeigte, fehlt es teilweise an Kenntnis der jeweils anderen konkreten Angebote und entsprechender Vernetzung.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Digitalisierung städtischer verwaltungstechnischer Angebote für die Bürger*Innen, die älteren Menschen ohne Computer häufig Schwierigkeiten bereiten; entsprechende Unterstützungsangebote fehlen weitestgehend. Insbesondere fehlen notwendige Gelder für Beratungs- und Unterstützungsleistungen; einiges geschieht im Ehrenamt - teilweise zu Lasten anderer Tätigkeiten. Ebenso wenig gibt es häufig die Dokumente und Informationen nicht in leichter Sprache. An der Hallenser Universität gibt es dazu eine Fachstelle, mit dieser sollte Kontakt hinsichtlich Unterstützung (durch Praktikanten oder Bitte, bestimmte Dokumente als Unterrichtsmaterial übersetzen zu lassen) aufgenommen werden.

Schwierig für viele Vereine ist es auch, dass bestimmte Projektgelder jährlich neu beantragt werden müssen. Zumindest für die Tätigkeiten, die zu den Pflichtaufgaben einer Kommune gehören, wie z.B. die Schuldnerberatung, sollte angeregt werden, die Laufzeit auf 3 Jahre zu erhöhen. Dies würde auch die städtische Verwaltung entlasten, da diese auch nur noch alle 3 Jahre die Anträge prüfen müsste.

Eine weitere Anregung war, eine Zwischennutzung des ehemaligen Galeria-Kaufhauses für Vereine und deren Angebote durch die Stadtverwaltung prüfen zu lassen. Die günstige Verkehrslage und damit gute Erreichbarkeit (ein immer wieder betonter Punkt für Aktivitäten im Sinne „sorgende Kommune“) sind dafür ein wichtiger Punkt.

Im zweiten Workshop, der zunächst „pflegende Angehörige“ überschrieben war, wurde zunächst angeregt, mit dem Begriff „sorgende Angehörige“ zu arbei-

ten, da Pflege häufig nur mit körperlicher Pflege assoziiert wird, der Ansatz der Veranstaltung bzw. die Zielstellung des Konzeptes jedoch weit darüber hinaus geht.

Weiterhin wurde durch Frau Schumann, Selbsthilfekontaktstelle Pflege Halle-Saalekreis, zunächst erläutert, welche Aufgaben die Kontaktstelle übernimmt (Unterstützung bestehender Selbsthilfegruppen und bei Neugründung; Beratung und Organisation von Veranstaltungen zum Thema). Sie informierte weiter über Bedarfe von Menschen zum Thema Pflege.

In der Diskussion ging es u.a. darum, wie man die Informationen zu den Themen noch besser an die pflegenden Angehörigen bringen kann. So entstand der Wunsch, beispielsweise einen Pflege-Aktionstag zu organisieren, an dem verschiedene Akteure wie z.B. Walk of Care, Medinetz, Pflegedienste, Krankenhäuser, Kommunalpolitik, aber auch die Organisationen der Migrant*innenverbände (VEMO, LAMSA), die Drogenberatungsstellen u.a. beteiligt werden können. Dem vorzuschalten wäre ggf. eine Vernetzungsstruktur, um so einen Aktionstag vorzubereiten. Auch über verschiedene Möglichkeiten der Information, z.B. Kampagnen wurde diskutiert. Dazu benötigte man jedoch entsprechende Materialien, die leider nicht ausreichend vorhanden bzw. finanziert werden würden.

Weiterhin ging es darum, wie es gelingen kann Familien mit Migrationshintergrund in diese Netzwerke einzubinden. Zurzeit ist es so, dass Pflegenden in den Familien betreut werden, sie sich aber kaum an die Kontaktstellen wenden. Es wurde konstatiert, dass sie die bestehenden Angebote zu wenig kennen.

Folgende Ideen sind entstanden:

- Gründung einer „Vernetzungs-AG“
- Kampagnen vorbereiten, die über Pflegeunterstützung etc. informieren können
- Organisation einer Pflegemesse
- Forderung einer Pflegevollversicherung (das ist angediskutiert und müsste aber inhaltlich noch einmal aufbereitet werden)
- Ehrenamtskarte auf Bedürfnisse von Pflegenden ausweiten

Aus der Stadtratssitzung am 25. Oktober 2023

Eigentlich ging es um zwei Stadtratssitzungen. Eine Sondersitzung des Stadtrates sollte bereits um 13 Uhr beginnen. Diese Sondersitzung war notwendig geworden, weil die AfD-Fraktion ein weiteres Kommunalverfassungsverfahren gegen den Stadtrat führt. Es geht um die Berufung sachkundiger Einwohner*innen. Die AfD-Fraktion wird dabei anwaltlich vertreten. Zur Wahrung der Chancengleichheit sahen wir es als erforderlich an, die Interessen des Stadtrates ebenfalls durch einen Anwalt vertreten zu lassen.

Die CDU-Stadtratsfraktion boykottierte diese Sitzung jedoch, indem nur 2 von 9 Stadträten anwesend waren und erst mit einer Stunde Verspätung konnte diese Sitzung dann durchgeführt werden. Mit Mehrheit wurde der Beschluss für eine anwaltliche Vertretung durch die Stadt Halle (Saale) angenommen.

Eine ewig lange Tagesordnung lag vor uns zur „eigentlichen“ Sitzung. Aber da viele Anträge noch weiter in den Ausschüssen zu behandeln sind und auch einige Vorlagen der Verwaltung noch nicht abstimmungsreif waren, konnte die Tagesordnung „entschlackt“ werden.

Im Bericht des Oberbürgermeisters, vorgestellt von Herrn Geier, wurden Höhepunkte in der Stadt Halle im Monat Oktober vorgestellt. Er informierte z.B. über die Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit. Neben der Festveranstaltung im Stadthaus verwies er auf die traditionelle Baumpflanzaktion in der Dölauer Heide. 2200 Bäume wurden gepflanzt. Großes Lob gab es von ihm, weil sich in diesem Jahr fast alle Fraktionen (Mitglieder) daran beteiligt hatten. Er informierte ebenfalls über die Gedenkveranstaltungen am 9. Oktober aus Anlass des Attentats auf die Hallesche Synagoge.

Herr Geier stellte den Wettbewerb „Stadt-UP Mein Business für die Innenstadt“ vor. Die Stadt Halle sucht innovative Nutzungs- und Geschäftsideen für die Innenstadt. Das beste Konzept wird ab Januar 2024 in einem Ladengeschäft umgesetzt; die Stadt übernimmt bis August 2025 die Nettokaltmiete. Geschäftsideen können noch bis zum 15. November eingereicht werden. Auch zum Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale) wurde die Bürgerbeteiligung gestartet. Bürger*innen können ihre Hinweise zu den Zielen und Schwerpunkten des Entwurfs benennen. Infos gibt es

dazu auf der Beteiligungsplattform mitmachen-in-halle.de. Herr Geier unterrichtete den Stadtrat darüber, dass am 6. Oktober der Mietvertrag für einen Hotel-Neubau „Premier Inn Am Opernplatz“ unterzeichnet wurde. Das Hotel einer britischen Kette mit 113 Zimmern, Tiefgarage und Fahrradabstellplätzen soll im Jahr 2026 eröffnen. Und noch eine schöne Information: In unserem Planetarium am Holzplatz fand die erste Trauung unter dem Sternenzelt statt. Das Planetarium gehört jetzt zu den acht Trauungsorten in der Stadt Halle (Saale).

Im Stadtrat wurde Herr Egbert Geier als Gemeindevorsteher und Fachbereichsleiter Aloys Tappel zum stellvertretenden Gemeindevorsteher für die Kommunalwahlen am 9. Juni im nächsten Jahr bestellt. Gleichzeitig wurden die 5 Wahlkreise zur Kommunalwahl festgelegt.

Beschlossen wurde auch, dass die Grundschule „Rosa Luxemburg“ in Halle-Neustadt saniert wird. Die Grundschule ist leider in einem sehr schlechten Zustand und sie muss dringend saniert werden. Eigentlich, so hatten sich viele Fraktionen ausgesprochen, müsste ein Neubau her. Aber mit einer Variante, letztlich auch eine Grundsanierung, werden viele Raumgrößen erhalten, die für die Arbeit an der Schule wichtig sind. Es war so auch der Wunsch der Schule, wir haben dieser Variante zugestimmt.

Viele Diskussionen gab es zur Vorlage „Verzicht Variantenbeschluss zur Umgestaltung der Emil-Abderhalden-Straße als Fahrradstraße“. Die Emil-Abderhalden-Straße soll umgestaltet werden und eine Asphalt-Decke bekommen. Bei der Umgestaltung werden voraussichtlich auch 30 Parkplätze wegfallen. Diese Straße wird sehr befahren von Student*innen und schließt Verbindungen zu anderen studentischen Einrichtungen ein. Mit Mehrheit wurde diese Vorlage beschlossen.

Ebenfalls beschlossen wurde die 1. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung. Notwendig wurde der Beschluss, weil die bisherige Satzung mit dem 31.12.2023 ausläuft. Es gibt nur geringe Änderungen gegenüber der bisherigen Vorlage.

Unser Antrag zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen haben wir noch einmal vertagt. Es gibt noch einige Rechtsprechungen, die zu diesem Thema

ausstehen. Wir wollen diese abwarten und dann zu einer Entscheidung im Stadtrat kommen.

Auch die Entscheidung zur Umbenennung eines Abzweigs des Universitätsrings in Anton-Wilhelm-Amo-Straße (gemeinsamer Antrag von 4 Fraktionen, auch von uns) ist noch einmal vertagt wurden. Es gab von anwohnenden Bürger*innen einige Einwände und es gibt inzwischen zwei Änderungsanträge von anderen Fraktionen. Das alles soll noch einmal gut verarbeitet werden.

Der Antrag unserer Fraktion zur Umsetzung des Housing First Konzeptes ist in den Sozial-Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zur weiteren Beratung vertagt wurden. Das Konzept beinhaltet, wie wohnungslose Menschen in eine Wohnung vermittelt werden und dabei soziale Betreuung erfahren. Das Konzept hat in Finnland, aber auch in unserem Land, beispielsweise in Berlin, Magdeburg und Leipzig, große Unterstützung bekommen.

Neben vielen weiteren Anträgen stand auch der Antrag zur Umbenennung des Holzplatzes in Siegmund-Jähn-Platz der Fraktion DIE PARTEI zur Abstimmung. Der Antrag wurde zunächst auch zur weiteren

Beratung in den Kulturausschuss verwiesen. Allerdings haben wir- Katja Müller hat dazu gesprochen- und schon deutlich gemacht, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Katja sagte, dass wir sehr für die Namensgebung Siegmund Jähn für das Planetarium waren, es dafür aber leider keine Mehrheit gab. Den Holzplatz jetzt so zu benennen, sei respektlos.

Der Holzplatz hat in Halle eine geschichtsträchtige Bedeutung, die auch gewahrt werden sollte.

Ute Haupt

16. Dezember 2023 Stadtparteitag DIE LINKE. Halle

Zeit: ab 10 Uhr

Ort: Kinderhort „Kinderpark“,
Wiener Straße 20, 06128 Halle

Schon einmal vorab zur Information.

Am 16. Dezember wollen wir unsere Kandidierendenliste zur Kommunalwahl 2024 wählen. Dafür werden wir den 2. Stadtparteitag in diesem Jahr durchführen und werben hier schon einmal um eure tatkräftige Unterstützung. Die Einladung zum Stadtparteitag mit weiteren Informationen wir euch zeitnah zugehen.

„Rote Socken gegen soziale Kälte“ - Strickaktion geht in die nächste Runde

Auch in diesem Jahr wollen wir in der Vorweihnachtszeit etwas Wärme spenden und viele kuschlige Sachen an das SCHIRM-Projekt übergeben. Es sind also wieder alle aufgerufen, die Strick- oder Häkelnadeln zu schwingen und selbstgemachte Socken, Mützen, Handschuhe oder Schals im Linken Laden abzugeben. Wollspenden sind auch gerne gesehen.

Du strickst lieber in geselliger Runde oder möchtest das Stricken erstmal lernen? Kein Problem! Unser Strickcafé aus dem letzten Jahr ist jetzt ein Teil vom „Basis-Freitag“, jeden Freitag ab 16 Uhr lassen wir gemeinsam bei Keksen und Tee die Woche ausklingen. Nebenbei kann man stricken oder sich den Umgang mit Nadel und Wolle beibringen lassen. Wir freuen uns auf dich und auf viele gespendete Sachen!

Liebe Genossinnen & Genossen des Ortsverbandes West,

zur nächsten Mitgliederversammlung des OV West am Dienstag, dem **7. November 2023, um 18.00 Uhr**, laden wir euch herzlich ins **Wahlkreisbüro Hendrik Lange** (Am Gastronom 14, 06124 Halle-Neustadt) ein.

Zusammen mit der Stadt-Co-Vorsitzenden Ute Haupt beraten wir über den Beitrag des Ortsverbandes zur Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl 2024 und wir führen eine Neuwahl des Sprecherrates des Ortsverbandes West durch.

Viele Grüße
Euer Sprecherrat

Eine Erinnerung an den September 2016

Am 13.9.2016 traf ich mich wieder mit Freunden zur „Philosophischen Plauderei“, die ich im Verein „Bürgerladen“ (Falladaweg 9) seit 1995 gestalte. Wir vereinbarten eine Serie von 10 Themen zu Albert Schweitzers Idee der „Ehrfurcht vor dem Leben“. Ich stellte die Frage: Woher nahm Albert Schweitzer die Kraft, Hoffnung und Überzeugung, dass der Friede möglich ist?

Was ich nun aufgeschrieben habe, zitiere ich wörtlich und bin dabei fassungslos und ratlos:

„Wir leben in einer Zeit kriegerischer Auseinandersetzungen. Es sieht nicht gut aus in der Welt. Von den ökonomisch und politisch Mächtigen geht Hass aus. Waffenlieferungen verschlimmern die Lage:

Im Baltikum feiern SS-Gruppen, in der Ukraine ehemalige Nazigruppen, die mit den deutschen Truppen gegen die Sowjetarmee gekämpft haben.

Vor der verlogenen USA-Invasion im Irak lebten dort über eine Million Christen. Heute ist das Land durch zwei Kriege verwüstet und im Elend. Noch 1990 lebten in Syrien (damals Vereinigte Arabische Republik) Christen, Muslime verschiedener Glaubensrichtungen friedlich in dem laizistischen Staat. Keine Stadt war zerstört, alle Kulturgüter konnten besichtigt werden. Natürlich war diese Republik den Westmächten (bes. auch der BRD) ein Dorn im Auge wegen der Verbindung zu sozialistischen Ländern. Es ging um Bodenschätze. Wann werden die Verbrechen der USA in Afghanistan, Irak, Syrien, Lybien öffentlich auch in Deutschland als Ursache neuer Kriegsgefahr benannt? Wie ist die Chance für den Frieden heute? Ist eine andere Welt möglich?“

Vielleicht haben Leserinnen und Leser in den letzten Tagen die Sendung über die Kumpanei der BRD mit dem Pinochet-Regime gesehen, dann verstehen sie auch diesen Text.

Können wir heute – wo neues Elend dazu gekommen ist – Kraft, Hoffnung und Überzeugung haben, dass der Friede möglich ist?

Albert Schweitzer hat den Ersten Weltkrieg erlebt – auch als Internierter der Franzosen -, er hat den Zweiten Weltkrieg erlebt, mit dem Abwurf der Atombomben. Sein alter Freund Theodor Heuss, den er zu dessen Hochzeit getraut hat, konnte ihn nicht überstimmen, das „Gleichgewichts des Schreckens“ (also die Aufrüstung) zu akzeptieren. Schweitzer blieb bei der Ablehnung der Aufrüstung mit Atomwaffen. Auch

Mathilde Kottmann, die zu ihm geschickt wurde, konnte ihn nicht umstimmen.

Wir danken bis heute Albert Schweitzer, dass er standhaft blieb und auch deshalb zu Recht den Friedensnobelpreis erhielt. Er ist das Vorbild, das uns lehrt: es gibt einen Weg zum Frieden. Ich denke, es ist gar nicht anders möglich, wenn die Menschheit überleben will. Nach meiner Überzeugung hat weder Russland, das diesen Krieg provoziert und zu verantworten hat, noch die Ukraine die Chance, den Krieg mit einem Sieg zu beenden. Es wird ein Patt werden – wie in Korea -. Die Militärs werden sich gegenüber stehen und entweder verhandeln oder im Dauerkrieg verharren. Möge der Verstand siegen.

Ernst Luther

Senior*innen-Treff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit lade ich euch zu unserem Senior*innen-Treff im November ein.

November

Termin: 22.11.2023, 14.30 Uhr

Ort: Linker Laden, Leitergasse 4

Thema: Irland - ein Reisebericht
Unsere Genossin Babara Creutzmann berichtet über Land und Leute

Dezember

Termin: 13.12.2023, 14.30 Uhr

Ort: Linker Laden, Leitergasse 4

Thema: gemütliches Beisammensein zum Jahresausklang

Ich freue mich, wenn ich euch zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann.

Eure Vorschläge und Anregungen für unsere Senior*innen-Treffs sind auch weiterhin willkommen.

Lydia Roloff

24. November 2023 - AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Zeit: 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“,
Am Kinderdorf 1, 06124 Halle